



öffentlich

Betreff:

Prioritätensetzung bei Haushaltseckwerten

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 21.11.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Haushalt 2023/24 keine Mittel für Voruntersuchungen und Gutachten zur Errichtung des Stadtkanals oder eine Machbarkeitsstudie für das Garnisonkirchengrundstück einzustellen.

Die dafür vorgesehenen Mittel sollen stattdessen für Ausgaben in den Bereichen Kultur, Jugend und Soziales verwendet werden, die der Oberbürgermeister bislang wegen knapper Haushaltsmittel nicht in der Eckwertplanung berücksichtigt hat, obwohl die Anliegen von den Stadtverordneten beschlossen wurden.

Laura Kapp und Denny Menzel
Fraktionsvorsitzende

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Vorlage des Oberbürgermeisters zu den Eckwerten des Haushaltes 2023/24 sind Mittel für eine Machbarkeitsstudie für das „Forum an der Plantage“ und eine „Rahmenplanung für den Stadtraum Am Kanal“ enthalten. Dabei sind diese Vorhaben weder dringend, noch ist ihre Umsetzung in den nächsten Jahren umsetzbar.

Auf der anderen Seite wird die Umsetzung von Angeboten in den Bereichen Kultur, Jugendhilfe und Soziales in die Zeit nach 2024 verschoben, weil dafür kein Geld vorhanden ist - z.B. Kostenübernahme für Verhütungsmittel (22/SVV/0124 und 22/SVV/882), Infostelen Zwangsarbeit (22/SVV/0796) oder Ideen- und Realisierungswettbewerb Glockenspiel (21/SVV/1233).

In einer Zeit knapper Kassen müssen bei der Haushaltsaufstellung von Anfang an die Vorhaben und Projekte priorisiert werden, die von den Stadtverordneten demokratisch beschlossen wurden. Der Oberbürgermeister darf seine Position nicht dazu nutzen, seine Lieblingsprojekte schon bei der Festlegung der Eckwerte vorzuziehen.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung